

Ostdeutsche Universitäten bangen

Von Heike Schmoll

Mehr denn je bangen die ostdeutschen Universitäten um ihre Zukunft, und sie haben allen Anlass dazu. Die Sparauflagen nehmen nicht allein in Sachsen-Anhalt, wo die Wissenschaftsministerin deswegen das Amt verlor, bedrohliche Ausmaße an. Sie gefährden nicht nur Lehre und Forschung, sondern werden sich langfristig als strukturelle Schwächung erweisen. Denn noch sind es die Hochschulen, die in Ländern mit rückläufigen Abiturientenzahlen und Gegenden mit abnehmender Bevölkerung am effektivsten gegensteuern.

Umso bornierter ist es, wenn ostdeutsche Ministerpräsidenten sagen, man könne nicht ständig Hochschulabsolventen für andere Länder ausbilden, anstatt sich zu fragen, warum die Abwanderung aus dem Osten nach dem Studienabschluss so groß ist. Solches Denken straft nachträglich alle Kampagnen für ein „Studium in Fernost“ oder Mecklenburg-Vorpommerns „Studieren mit Meerwert“ Lügen. Die ostdeutschen Länder brauchen die studentische Einwanderung aus dem Westen – und sie werden dafür entschädigt. Schließlich war es der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern, der im Jahre 2020 ausläuft, der den ostdeutschen Ländern über die schwachen Abiturientenjahrgänge hinweghalf. Sie erhielten nämlich Bundesgelder, wenn sie ihre Studentenzahlen durch Studenten aus anderen Ländern stabilisierten. Auch bei der Erweiterung des Paktes, den die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz im April beschlossen hat, bleiben die ostdeutschen Länder privilegiert. Sie müssen im Vergleich zu den westlichen eine geringere Kofinanzierung leisten, die Referenzlinien für die Mindestzahl der Studenten wurden gesenkt.

Allerdings müssen die ostdeutschen Länder und Kommunen bei der EU-Strukturförderung vom kommenden Jahr an eine Gegenfinanzierung in Höhe von fünfzig Prozent leisten, bisher waren es nur 25 Prozent. Angesichts sinkender Einwohnerzahlen und fortdauernder Abwanderung in den Westen und in strukturstarke Gebiete mit mehr Beschäftigungschancen erhalten die ostdeutschen Länder geringere Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich, der sich nach der Anzahl der Einwohner richtet. Hinzu kommen die sinkenden Zuschüsse aus dem Solidarpakt bis zum Jahr 2020.

Alle ostdeutschen Länder finanzieren ihre Hochschulen schon jetzt schlechter als die westlichen. Liegen die Ausgaben in den westdeutschen Flächenländern bei 257 Euro je Einwohner, sind es in Sachsen 241 Euro und in Brandenburg gar nur 114 Euro. Nur Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 259 Euro pro Kopf etwas über dem westlichen Niveau. Doch wesentlich besser geht es den Universitäten auch dort nicht, trotz ihres jährlichen Zuwachses von 1,5 Prozent. Die dortigen Hochschulen müssen etwa zwanzig

Prozent der Stellen abbauen. Doch alle Hochschulen müssen die gleiche Anzahl Studenten annehmen – oder noch mehr. Immer häufiger werden deshalb befristete Stellen und Professuren gegen Lehrkräfte und Lehrbeauftragte ausgewechselt, um Geld zu sparen. Welcher Lehrstuhl wegfällt, hängt absurderweise vom Alter des jeweiligen Professors ab. Mit sinnvoller Strukturplanung hat das nichts zu tun.

Tarifsteigerungen, das Mindestlohngesetz, Energiekosten und Pensionskosten für neu verbeamtete Professoren erschweren das Sparen zusätzlich. Selbst die Universitäten im ganz gut situierten Sachsen müssen sparen. Dort sollen bis zum Jahr 2020 etwa tausend Stellen wegfallen. Schon jetzt hat die Universität Leipzig den Studiengang

Die strukturpolitische Funktion der Hochschulen darf nicht aus dem Blick geraten.

Pharmazie eingestellt; selbst die einzige ostdeutsche Exzellenzuniversität, die TU Dresden, sah sich gezwungen, mehrere Studiengänge zu schließen, darunter die Kartographie.

Besonders prekär ist die Lage in Sachsen-Anhalt, wo in den kommenden Jahren die Hochschulen mit fünfzig Millionen Euro weniger auskommen sollen. Mit linearem Sparen sei das nicht mehr zu leisten, argumentieren die Rektoren, die einen Strukturplan verlangen. Hinweise dazu erhoffen sie sich von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats für Sachsen-Anhalt, die für Juli erwartet werden. Sollten die Einsparungen zu erheblich schlechteren Betreuungsrelationen führen, wird auch der Zustrom westlicher Studenten rasch verebben. Bisher war die Lehre die Stärke der Universitäten im Osten, während sie in der Forschung schwächelten. Das liegt auch daran, dass im Osten nach wie vor zwei Drittel der Forschungsausgaben staatlich finanziert werden. Im Westen ist das umgekehrt.

Es ist bedenklich, dass die Einsparungen wieder den akademischen Mittelbau und den wissenschaftlichen Nachwuchs treffen. Nachwuchswissenschaftler versuchen schon jetzt, von Vertrag zu Vertrag über die Runden zu kommen, ihre Aussichten auf eine Professur sinken. Viele ostdeutsche Hochschulen mit Ausnahme von Berlin, Leipzig, Dresden und Jena bilden für junge Professoren ein Sprungbrett für den ersten Ruf. Man lehrt dort, zieht möglichst nicht um und bemüht sich rasch um etwas Besseres, was auch an der Lebensqualität in strukturschwächeren Regionen liegt. Umso wichtiger ist es, die strukturfördernde Funktion ostdeutscher Universitäten in schwierigen Regionen im Blick zu behalten. Nur so ließe sich mit Augenmaß sparen.